

Deutscher Tagewort

XI. Jahrg. Nr. 8

22. Februar 1922

Erscheint jeden Mittwoch. Abonnementpreis für das Ausland jährlich 240 Mark (vierteljährlich 60 Mark) unter Kreuzband postfrei ab Verlag der „Wochen-Ausgabe des Berliner Tageblattes“, Berlin SW 19. In Deutschland und Deutsch-Oesterreich und Ungarn auch durch die Postanstalten zum Preise von 5/6 Mark vierteljährlich exkl. Postaufschlag lieferbar. Druck und Verlag von Rudolf Mosse, Berlin. Telegramm-Adresse: „Berlittag“, Berlin.

Wochen-Ausgabe für Ausland und Uebersee

Zellenpreis 7 Mark (Eduff Mosse Normalzeilmesser 4). Affenlinie Anzeigen-Annahme: Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Berlin SW 19, Jerusalemstr. 40-45, Breslau, Schwandstr. 21, Dresden, Altmarkt 15, Düsseldorf, Schadowstr. 20-22, Frankfurt a. M., Zell 123, Hamburg, Jungfernstieg 12, Halle a. d. S., Köln a. Rh., Hohe Str. 94, Leipzig, Grimmelstraße 27, Magdeburg, Breitestr. 12, Mannheim, Planken 64, 6, München, Poststr. 2, Nürnberg, Karolinenstr. 25, Prag II, Valaavské nám., Palas „Koruna“ Stuttgart, Königsplatz 31 B, Wien I, Seilerstätte 2, Warschau, Marszałkowska 124, Basel, Aeschenvorstadt 26, Zürich, Limmattal 24.

Herrn Professor A. Aulard, Paris.

Offener Brief.

Von

Hans Delbrück.

[Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.]

Professor Hans Delbrück hat dem „Berliner Tageblatt“ den hier folgenden Offenen Brief zur Veröffentlichung überreicht. Die Redaktion.

Sehr geehrter Herr!

Sie haben in der „Ere nouvelle“ (7. 2.) einen heftigen Angriff gegen mich gerichtet (Auszug im „B. T.“ 8. 2.). Sie beschuldigen mich, zu den Verfeindern der deutschen Volksee zu gehören, die sich nicht nur um ihr Land, sondern auch um die Menschheit schlecht verdient gemacht hätten. Sie erheben diese Anklage wegen eines Briefes an den Bund „Neues Vaterland“, in dem ich es ablehne, ein Völkerversöhnungs-Manifest zu unterzeichnen.

Mein Brief an den Bund lautet:

„Sie haben mir ein Manifest zugeschickt, das Sie mit der französischen „Liga für Menschenrechte“ vereinbart haben und fordern mich an, es an mein Vaterland zu unterzeichnen. So sehr ich den Zweck einer Versöhnung und Ausgleichung zwischen den Kulturvölkern billige, so vermag ich doch dem vereinbarten Manifest meine Unterschrift nicht zu geben, sowohl aus gewissen prinzipiellen Gründen, als auch wegen der Fassung einiger Sätze des Manifestes, gegen die ich Ihnen meine Einwendungen darlegen will.“

1. Das Manifest fordert: „Deutschland muss sich nicht nur juristisch, sondern auch moralisch verpflichtet fühlen, die Schäden wieder gut zu machen, die Frankreich durch den deutschen Einfall erlitten hat.“ Woraus soll diese moralische Verpflichtung abgeleitet werden? Ich gehe zu, dass Deutschland eine ungleichere Versündigung auf sich genommen hat, indem es die Möglichkeiten eines Verständigungsfriedens, die ihm tatsächlich geboten waren, nicht ausgenutzt und sich deshalb der Kriegsverlängerung schuldig gemacht hat. Dann wird die Möglichkeit eines ehrenvollen Friedens geboten, gibt ja sogar der General Ludendorff stellenweise in seinem Buche zu. Die Schuld, die Deutschland hiermit auf sich geladen hat, wird aber doch wohl kompensiert durch die Schuld, die seine Feinde, im besonderen Frankreich, bei der Entzündung des Weltkrieges auf sich geladen haben. Es ist gewiss richtig, dass die grosse Masse des französischen Volkes den Krieg so wenig wollte wie die grosse Masse des deutschen Volkes, aber die Vertreter des französischen Volkes, die im Jahre 1913 Herrn Poincaré zum Präsidenten wählten, waren sich unzweifelhaft vollkommen bewusst, auch der belgische Gesandte in Paris hat das ja bezogen, dass sie damit den Vertreter der Kriegspolitik an die Spitze des Staates beriefen. Die jüngsten Veröffentlichungen im „Berliner Tageblatt“ haben die letzten Zweifel darüber beseitigt, dass neben dem russischen Botschafter Iswolski das Haupt der französischen Republik der Hauptstifter des Krieges gewesen ist. Inwiefern also soll das deutsche Volk sich moralisch verpflichtet fühlen, den Schaden, den Frankreich in dem Kriege erlitten hat, zu ersetzen?

2. Das Manifest übergeht vollständig, dass es sich gar nicht um die Kosten des Wiederaufbaus des zerstörten Gebiets handelt. Das ist ein Schaden, den das deutsche Volk ohne grosse Schwierigkeit, sei es durch Sachleistungen, sei es sogar in bar, ersetzen könnte. Die wirtschaftliche Not, unter der die Welt heute leidet, entspringt nicht aus der Reparation, sondern daraus, dass entgegen der feierlichen Versprechung im Waffenstillstand, von Deutschland die Bezahlung sämtlicher militärischer Pensionen verlangt wird. Das ist mehr als zwei Drittel der geforderten Gesamtsumme. Sobald die Vertragsmächte auf diese rechtswidrige Leistung verzichten, ist der Wirtschaftskrieg hergestellt. Das dürfte das Manifest nicht verschweigen.

3. Das Manifest verlangt, dass Deutschland den versteckten Widerstand gegen die Entwaffnung breche und diese in loyaler Weise durchführe; Frankreich aber müsse, wenn ihm damit Sicherheit geschaffen, selber auch abrieten. Diesen Satz kann niemand abgefasst haben und unterschreiben, der keine Vorstellung von den modernen Heereszahlen hat. Die Waffenkunde, die von Zeit zu Zeit gemacht werden, sind im Verhältnis zu den Erfordernissen eines wirklichen Heeresaufgebotes geradezu lächerlich gering. Selbst der grösste dieser Funde, die 500 Kanonenrohre in Heidenau, bedeuten äusserst wenig.

4. Das Manifest verlangt, dass, um die Verantwortlichkeit am Kriege festzustellen, sämtliche Regierungen rückwärts ihre Archive öffnen. Weshalb ist übergegangen, dass die deutsche und österreichische Regierung das längst getan haben? Ein loyal abgefasstes Manifest müsste lauten: Nachdem Deutschland und Oesterreich ihre Archive geöffnet haben, ist zu fordern, dass auch England und Frankreich es tun.

Von pazifistischer Seite ist öfter beklagt worden, dass die deutsche Friedensgesellschaft nicht mehr als 12.000 Mitglieder zähle, viel weniger als die entsprechenden Vereinigungen in irgendeinem anderen Lande, wie sogar in Frankreich. Dieses Manifest gibt die Erklärung: eine Bewegung, deren Führer sich bei ihren Kundgebungen offensichtlich mit den Tatsachen in Widerspruch setzen, kann unmöglich Anhänger gewinnen.“

So weit mein Brief, auf Grund dessen Sie mich für einen Feind der Menschheit erklären. Um Ihnen zu beweisen, dass ich nicht, wie Sie argwöhnen, bösen Willens bin, sondern völlig überzeugt sowohl von der Richtigkeit meiner Behauptungen wie von ihrer Nützlichkeit für den Weltfrieden, schlage ich Ihnen vor, dass wir eine öffentliche Diskussion darüber veranstalten. Sehr geeignet dafür würde mir ein Ort wie Köln erscheinen, der zu Deutschland gehört, aber heute von Entente-Truppen besetzt ist. Jeder von uns spricht in seiner

Sprache. Ein Gelehrter aus einem der neutralen Völker würde den Vorsitz führen. Ich bin jeden Tag bereit, mich zu dieser Aktion zu stellen und erwarte von Ihnen, dass Sie es nicht machen wie im Mai 1919 Monsieur Ernest Lavisse, der die deutsche Friedensdeputation in Versailles mit bösen Worten begrüßte und, als ich ihn, als Mitglied dieser Deputation, zu einer öffentlichen Feststellung heraufsandte, unter Schmähungen die Flucht ergriff. Ich will Sie loyalerweise von vornherein auf einige Punkte aufmerksam machen, auf die ich meine Auffassung stützen werde:

1. Als im Dezember 1912 der General Lagache aus Petersburg berichtete, dass selbst im Falle eines österreichischen Ueberfalls auf Serbien Russland nicht Krieg führen werde, hat diese Antwort Herrn Poincaré und alle französischen Minister in die grösste Bestürzung versetzt. (Bericht Iswolski vom 18. Dezember 1912.) War das zärtliche Sorge um das kleine Serbien, oder weshalb waren die französischen Minister über diese russische Friedensliebe so bestürzt?

2. Noch heute wird dem französischen Volk verheimlicht, dass die österreichische Gesamtmobilisierung fast vierundzwanzig Stunden später war als die russische. Die russische wurde vom Zaren angeordnet am 20. Juli, nachmittags vier Uhr, die österreichische am 31. Juli, 12 Uhr 25 Minuten folgte; die deutsche am 1. August, nachmittags 5 Uhr.

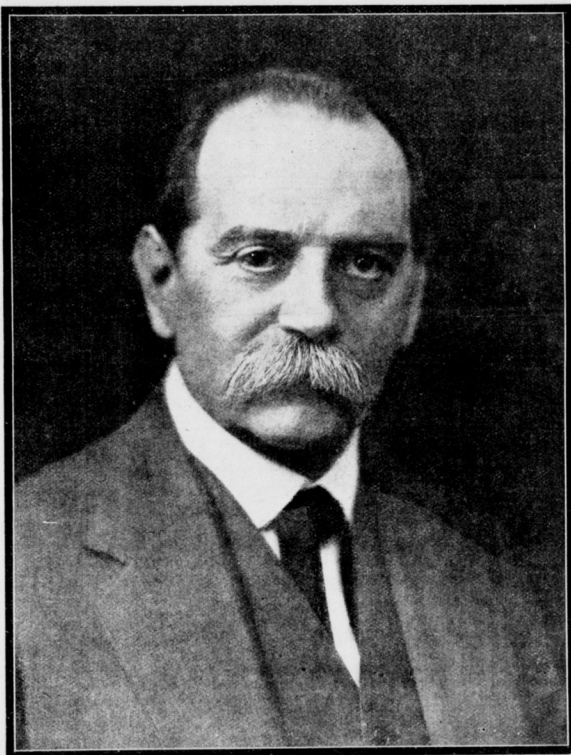
Jedem das Seine.

Am 15. Februar fand im Reichstag die Abstimmung über die von den Deutschnationalen, Volkspartei und den beiden kommunistischen Parteien eingebrachten Misstrauensvoten gegen die Regierung Wirth statt. Sie endigte mit einem glatten parlamentarischen Siege des Reichskanzlers, der für das von ihm geforderte Vertrauensvotum eine Mehrheit von 35 Stimmen erhielt. Der Chefredakteur des „Berliner Tageblattes“ knüpfte an diesen nach aussen hin so glänzenden wichtigen Erfolg des Kabinetts Wirth eine Betrachtung, der wir das Folgende entnehmen. Die Redaktion.

T. W. Der Anschlag der mit den Kommunisten verbundenen Deutschnationalen und Deutschen Volksparteier ist missglückt. Es war ein Anschlag nur gegen die Regierung, sondern gegen die kaum wiederhergestellte Ruhe des Landes und gegen die auswärtigen Interessen der Nation. Niemand haben Fraktionspolitiker so leichtfertig, zur Befriedigung ihrer persönlichen Banketten und ihrer persönlichen Eifersucht, das ruhebedürftige Land in eine unsichere Verwirrung zu stürzen versucht. Die trübsten Unwahrscheinlichkeiten wurden aufgetrieben, um das klare, unbestreitbare Verdienst wegzulegen, das der Reichskanzler Wirth sich durch die Beendigung des Eisenbahnerstreiks erworben hat. Mit einer Verbissenheit, gegen die keine Vernunftmaßnahme etwas aussieht, hielten besonders die Gröszen der Deutschen Volkspartei an der Absicht des Kanzlersturzes fest. Die Gelegenheit schien ihnen zu günstig und zu aussichtsreich. Diesmal nahmen, wegen der Massregelungen nach dem Streik, nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Unabhängigen am Kampfe gegen die Regierung teil. Die „Ordnungsfreunde“ brauchten, um ihr Ziel zu erreichen, also nur mit den Kommunisten zusammenzugehen. All das, der ganze Schwindel, die Entstellungen der Wahrheit und das Bündnis mit dem extremsten Raschismus waren umsonst. Das Lächeln mit dem nach Verkündung des Abstimmungsresultats die Herren Stresemann, Scholz und Genossen in der Wandelhalle sich zeigten, war saurer als der sauerste Wein. Zu den Ergebnissen der Krise gehört es, dass die Deutsche Volkspartei sich den Blicken des Publikums unverhüllt wie beim Nacktanz, dargeboten hat. Die Anhänger der Demokratie würden geradezu von allen guten Geistern verlassen sein, wenn sie dem Publikum nicht so eindringlich wie irgendjemandlich zurufen würden: seht sie euch an!

Aber das fiele Manöver hat noch zu einem anderen von der Deutschen Volkspartei und natürlich auch von der deutschnationalen Demagogie nicht gerade gewünschten Ergebnis geführt. Die „Minderheitsregierung“ steht als eine Mehrheitsregierung da. Immer war behauptet worden, das Kabinet Wirth habe im Reichstage keine Majorität. Man hatte nie die Probe gemacht und jetzt, wo man sie gemacht hat, zeigt sich plötzlich, wie falsch die Rechnung war. Es muss gesagt werden, dass die Regierung für ihre auswärtige Politik selbstverständlich eine noch grössere Mehrheit finden würde, und dass die Mitwirkung der Deutschen Volkspartei durchaus entbehrlich, durchaus überflüssig geworden ist. Diese Partei kann ruhig bei ihrer Koalition mit den Deutschnationalen und den Kommunisten bleiben, und man braucht sich durch ihr Drängen nach der „groszen Koalition“ von nun an ebenso wenig beeinflussen zu lassen, wie sie sich, vor der Abstimmung, durch veräufliche Darstellungen und Mahnungen beeinflussen liess. Wenn am dem Tage, wo Deutschnationale, Volksparteier und Kommunisten sich in einem idealen Bunde treulich zusammenfanden, das Kabinet Wirth nicht gestürzt werden konnte, so ist seine Stellung sehr fest. Man verdankt es der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen, dass dieser Beweis erbracht werden konnte, und so geht manchem aus diesem Saal etwas Gutes hervor. Auf den Irrtum, dass die Regierung nur eine Minderheit vertritt, hatte die Deutsche Volkspartei all ihre nicht bescheidenen Ansprüche, ihr grosses Koalitionsverlangen, ihr diktorisches Gebaren gestützt. Schönes Bild, fahrrecht!

Es ist indessen ja nicht das erste Mal in ihrem Leben, dass sie in ihren strategischen Berechnungen geirrt haben, und es ist nur das erste Mal, dass sie sich durch ihren Irrtum selber hineingeritten haben und nicht das Volk. Zu den interessantesten Momentbildern des Tages gehörte der Anblick, den die beiden Reichsparteien boten, so oft ein kommunistischer oder unabhängiger Redner sprach. Sie entzweiten sich nicht, wie sonst, sondern hingen gebannt an Aeneas Munde, wenn die Unabhängigen Crispian und Dittmann und die Kommunisten Levi und Koenen versprochen, ihnen ein Hilfskorps zu stellen, und das vernahm man mit Befriedigung und Dank. Diese Redner der extremen Linken, die so der Rechten den Sieg verschaffen wollten, brachten in langer Reihe heftige Beschwerden über die Disziplinarmassregeln vor. Wenn wirklich, wie einer von ihnen behauptete, allein auf dem kleinen Bahnhof in Pankow gegen hunderttausend Beamte das Disziplinverfahren eingeleitet sein sollte, so ginze das — vorausgesetzt, dass nicht besondere Vorfälle den Anlass boten — zweifellos über die „Richtlinien“, die von Massen disziplinierungen nichts wissen wollten, hinaus. Wir wünschen die Bestrafung und Entlassung der Anstifter, der Verführer, der wirklichen Schuldigen und aller, die im Eisenbahnstreik sabotiert oder zur Sabotage aufgefordert haben, und ausserdem erscheinen uns neue gesetzliche Bestimmungen, die jede durch eine Streikhandlung von Menschenleben strafrechtlich andern, nach den letzten Berliner Ereignissen als eine dringliche Notwendigkeit. Aber kein verständiger Mensch kann wollen, dass Beamte, die unter dem Druck der rasenden Forderung sich zu bereitwillig von den Agitatoren misshandeln liessen, nun massenhaft geneigt werden, und Herr Groener wird gewiss aufmerksam prüfen müssen, ob in seiner Verwaltung überall das Richtige und vor-



Reichstagsabgeordneter Conrad Haussmann.

H. Nohl.

Auch auf das, was Sie gegen mich sachlich vorbringen, eine vorläufige Antwort. Sie sind des Glaubens, dass Deutschland den Krieg erklärt habe wegen eines Bombenabwurfs bei Nürnberg, der sich nachher als Fabel erwies. In Wirklichkeit hat die französische Armee zwar nicht diese, aber neunzig andere Grenzverletzungen vor der Kriegserklärung begangen. Glauben Sie aber als ersthabender Historiker wirklich, dass um solcher Grenzverletzungen willen ein Krieg erklärt wird? Der wahre Grund unserer Kriegserklärung war, wie Sie sehr gut wissen, dass für Frankreich der Bündnisfall gegeben war, sobald wir mit Russland in Krieg gerieten. Damit erledigt sich auch ihre zweite Behauptung, Deutschland habe von Frankreich, wenn es neutral bleibe, die Auslieferung von Toul und Verdun verlangt. Wenn Frankreich wirklich hätte neutral bleiben wollen, wäre Deutschland ihm von Herzen dankbar gewesen, wie das sofortige Eingehen auf den missverstandenen englischen Vorschlag beweist. Deutschland aber wollte sich dagegen vorsehen, dass Frankreich etwa Neutralität heuchelte, um den Russen längere Zeit zur Mobilisierung zu verschaffen. Um dieser Kriegsdienste willen, hatte die deutsche Diplomatie die freilich sehr anfechtbare Idee mit Toul und Verdun. Es ist aber Idee geblieben; die Note ist niemals übergeben worden, da die Russen mit ihrer Mobilisierung bereits so weit vorgeschritten waren, dass es der Kriegslist nicht mehr bedurfte. Es ist wahr, Deutschland hat den Krieg erklärt, aber brauche ich einem Historiker erklärt, sondern derjenige, der ihn durch seine Handlungen erzwingt? Weshalb wird dem französischen Volke noch immer das Datum der russischen Mobilisierung verheimlicht?

In Erwartung Ihrer Antwort, sehr geehrter Herr Professor, bin ich mit vorzüglicher Hochachtung Ihr ganz ergebener Hans Delbrück.

Zur Leipziger Technischen Messe und Baumesse.